

**Verantwortliche Redakteure.**  
Für den politischen Theil:  
**G. Fontane,**  
für Feuilleton und Vermischtes:  
**J. Steinbach,**  
für den übrigen redakt. Theil:  
**J. Sachseld,**  
sämmlich in Posen.  
Verantwortlich für den  
Anzeigenteil:  
**J. Angkisch** in Posen.

Mittag-Ausgabe.

# Posener Zeitung

Achtundneunzigster

Jahrgang.

**Inserate**  
werden angenommen  
in Posen bei der Expedition der  
Zeitung, Wilhelmstraße 17,  
ferner bei H. Ad. Schick, Hofstr.  
St. Gerber- u. Breiterstr.-Ecke,  
Olo. Kiehl, in Firma  
J. Hermann, Wilhelmplatz 8,  
in Gnesen bei J. Ehrapleski,  
in Meieritz bei P. Matthes,  
in Breschen bei J. Jodelohn  
u. b. d. Inserat-Annahmestellen  
von G. L. Dand & Co.,  
Saafeisen & Högler, Rudolf Hofe  
und „Invalidendank“.

Dr. 194

Die „Posener Zeitung“ erscheint wöchentlich drei Mal,  
außer an den Sonntagen und Festtagen, wozu nur zwei Mal,  
an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-  
jährlich 4.50 M. für die Stadt Posen, 5.45 M. für  
ganz Preussisch-Posen. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen  
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 18. März.

Inserate, die schlagzeilige Zeitzeile oder deren Raum  
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite  
30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter  
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die  
Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die  
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1891

## Deutscher Reichstag.

91. Sitzung vom 17. März, 1 Uhr.  
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Der Antrag Zimmermann (Antif.) auf Aufhebung des  
Strafverfahrens gegen den Abg. Werner für die Dauer der  
Sessio wird debattelos angenommen.

Sobald wird das Patentgesetz in der Gesamtabstim-  
mung angenommen.

Darauf wird die Etatsberathung fortgesetzt. Der Rest  
des Postetats wird ohne bemerkenswerthe Debatte nach dem  
Kommissionsantrage angenommen unter Ablehnung eines  
Antrages Graf von der Schulenburg auf Bewilligung  
der durch die Kommission gestrichenen Räte für ein neues Dienst-  
gebäude in Nordheim (Hannover). Die Berathung der zum  
Etat der Verwaltung der Eisenbahnen beantragten  
Resolution Brömel betr. Eisenbahntarifreform  
wird ausgesetzt.

Eine Resolution Richter auf alljährliche Vorlegung  
einer Uebersicht über die Ergebnisse der von der Reichseisenbahn-  
verwaltung ausgeführten Schienenverlängerungen unter Mitthei-  
lung der einzelnen Preisofferten aus dem Inland und Ausland  
sowie der Zuschlagspreise beantragt die Kommission un-  
verändert anzunehmen.

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.) wendet sich gegen die Bemerkung  
des Abg. Richter in der zweiten Lesung, daß er in seinem Wider-  
stand gegen die stückweise Aufhebung der Eisenzölle unterlegen  
sei, solange Fürst Bismarck gegen ihn gewesen sei.

Abg. Richter (Df.) verweist demgegenüber auf die Abstim-  
mung des Abg. Frhr. v. Stumm in den einzelnen Jahren, in denen  
eine Ermäßigung des Eisenzolles erfolgt sei. Im Uebrigen sei der  
Umstand, daß Frhr. v. Stumm heute lediglich zu dieser rein per-  
sönlichen Angelegenheit gesprochen habe, ein Beweis dafür, daß er  
gegen seine sachlichen Ausführungen über die Wirkung der Eisen-  
zölle und des Freihandels nichts vorbringen könne.

Die Resolution Richter wird hierauf angenommen.

Der Etat der Verwaltung der Eisenbahnen wird hierauf  
debattelos angenommen, ebenso der Etat der Reichsdruckerei,  
die Positionen Bankwesen, besonderer Beitrag für Elsaß-Lothringen,  
Zinsen aus belegten Reichsgeldern, aus der Veräußerung von  
Kriegsgefangenen, Stettiner Festungsterrains, Ueberschüsse  
aus früheren Jahren, die Matrifalarbeiträge und außerordentliche  
Deckungsmittel.

Damit ist die Berathung des Etats erledigt. Der Gesamt-  
etat wird in Höhe von 1102 435 132 M. gegen die Stimmen der  
Sozialdemokraten definitiv angenommen, ebenso das Etats-  
und Anleihegesetz mit dem Nachtragsgesetz für 1890/91,  
nachdem Staatssekretär v. Boetticher sich im Namen der Bundes-  
regierungen mit der Streichung der ersten Rate von 2½ Millionen  
für die Kreuzerforvette R. einverstanden erklärt hat.

Bei der dritten Berathung des Gesetzes betr. die Schutz-  
truppe in Ostafrika spricht

Abg. Graf Wirsach (konf.) die Hoffnung aus, daß die Worte  
des Reichskanzlers in der zweiten Lesung, daß einmal der Fall  
eintreten könnte, wo England das Protektorat von Zanzibar gegen  
einen Theil unserer Besitzungen eintausche, der Kolonialpolitik der  
Reichsregierung zur Richtschnur dienen möge.

Das Gesetz wird ohne weitere Debatte in definitiver Abstim-  
mung angenommen.

Nach Erledigung einer Petition um Aufnahme der Besatzung  
von Fischfahrzeugen mit einem Raumbesatz von 45 Kubikmeter  
in die Seefischergesellschaft, welche der Regierung zur Erwä-  
gung überwiesen wird, vertagt sich das Haus bis Dienstag,  
7. April, 1 Uhr. (Arbeiterchutzgesetz.)

Schluß 4 Uhr.

## Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

60. Sitzung vom 17. März, 12 Uhr.  
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht die zweite Berathung des Eisen-  
bahnetats, in Verbindung mit der Berathung der Verhand-  
lungen des Landesbahnraths und dem Antrage Richter  
über wegen Vorlegung von Uebersichten über die Zahl der dien-  
stfreien Wochen- und Sonntage des Stations-,  
Streckens-, Fahr- und Werkstättenpersonals der Staatsseisen-  
bahnen und über die Zahl und die Einkommensverhält-  
nisse der diätarischen Beamten der Eisenbahnver-  
waltung.

Zu dem Kapitel 1 der Einnahmen wird eine Resolution  
Brömel zur Debatte gestellt: eine durchgreifende Ermässi-  
gung der Tariffsätze aller Klassen und eine Vereini-  
gung des Tariffsystems für den Personenver-  
kehr unter Ausschluß von Erhöhungen bestehender  
Sätze eintreten zu lassen; ferner für den Kahrverkehr — event.  
versuchsweise für den Kahrverkehr einer einzelnen Großstadt —  
einen Zonentarif ungefähr nach dem Muster der Berliner  
Stadtbahn einzuführen, sowie bei Aufhebung des Freigezugs den  
Gepäcktarif auf eine niedrige, für längere Zonen gleich-  
mäßige Gebühr festzusetzen.

Abg. Schmieding (natl.) bittet um eine Aenderung der  
Zugübergänge über die Straßen in der Nähe großer Städte, da  
die Gefahren bei den jetzigen Zuständen besonders große seien.  
Insbefondere bittet Redner die Stadt Dortmund in dieser Beziehung  
zu berücksichtigen.

Minister v. Maybach verspricht Abhilfe der Uebelstände,  
welche aber nur allmählich beseitigt werden könnten.

Abg. Brömel (Df.) empfiehlt seinen Antrag unter Bezug-  
nahme auf die Urtheile hervorragender Sachmänner. Die Er-  
mäßigung der Personentaxe sei hinter der Ermäßigung der  
Gütertarife weit zurückgeblieben. Die heutigen Personentaxe  
stammten noch aus der Zeit der alten Postkutsche. Wie die Er-  
mäßigung der Gütertarife einen besonderen Aufschwung des  
Frachtfahrverkehrs herbeigeführt habe, so werde auch ein niedrigerer  
Personentarif dieselbe Folge haben. Wie die Post durch eine  
Herabsetzung ihrer Taxen die Vorthelle ihres Instituts den  
weitesten Preisen zugänglich gemacht habe, so müsse auch die  
Eisenbahnverwaltung in derselben Weise vorgehen. Man möge sich  
in Preußen das Beispiel Oesterreichs und Ungarns zum Muster  
nehmen. Redner erklärt die von ihm früher entworfene  
Charakteristik über die beabsichtigte Tarifreform auch nach den  
offiziellen oder offiziellen Kundgebungen im „Reichsanzeiger“  
aufrecht erhalten zu müssen. Eine Veröffentlichung sei doch  
nicht vollständig genug, da die Gepäcktarife nicht berücksichtigt seien.  
Die Rundreisebilletts benützenden Reisenden würden nicht bloß keine  
Ermäßigung, sondern in Anbetracht der Abfahrt, Zuschläge für die  
Schnellzüge zu erheben, eine Preisverhöhung zu erleiden haben. Dasselbe  
würde gegenüber den Reisenden zweiter Klasse der Fall sein, welche  
Rückfahrkarten für Schnellzüge benutzen, da ja das Freigezack  
fortfalle. Nur für die Reisenden dritter Klasse und bei einfachen  
Fahrten bedeute die geplante Reform eine Verbilligung. Im Gan-  
zen sei also diese Reform die Verwirklichung des wahren Reformge-  
dankens, welche möglicherweise einen Rückgang des Personenver-  
kehrs zur Folge haben werde. Diese Leistung, welche den ersten  
Schritt zu einer Reform seit der Eisenbahnverstaatlichung darstelle,  
dürfe die Regierung nicht zu dem Vorwurf veranlassen, daß die  
einzelnen Mitglieder eine Kritik nicht üben dürfen, wenn sie nicht  
zugleich ihrerseits Reformvorschlüge machten. Wenn der erste  
Theil seiner Resolution also eine allgemeine Reform verlange, so  
mache der zweite Theil positive Vorschläge und zwar solche, welche  
auch von anderen Seiten, z. B. von der Bremer Handelskammer  
aufgestellt worden seien. Das finanzielle Ergebnis würde bei  
Durchführung seiner Vorschläge keinesfalls ein schlechtes sein, da  
eine bedeutende Steigerung des Verkehrs zu erwarten sei. Der  
Kahrverkehr bedürfe der größten Beweglichkeit, und die Billigkeit  
innerhalb desselben dürfe nicht abhängig gemacht werden von der  
Lösung eines Willeits für längere Zeit. Eine Verbilligung des Kahr-  
verkehrs im Sinne der Resolution würde von günstigstem Einfluß auf  
die Lösung der Wohnungsfrage in den Großstädten sein. Die Berliner  
Stadtbahn habe einen überaus billigen Tarif. Dagegen sei der  
Vorortverkehr erheblich theurer, im Durchschnitt um das Zweifache.  
Was sich auf der Stadtbahn bewährt habe, werde auch für den  
Vorortverkehr von gutem Erfolge sein, und die Einführung eines  
billigen Zonentarifs in dem Vorortverkehr erscheine um so mehr am  
Platze, als die Eisenbahnverwaltung mit dem Gedanken umgehe,  
für die ganze Strecke der Berliner Stadtbahn, vom Schlesischen  
Bahnhof nach Westend, den einheitlichen Satz von 10 Pf. einzu-  
führen. Man müsse mit einer Reform vorgehen, und die Kritik  
der Engländer und Perrot'schen Pläne im „Reichsanzeiger“ sei  
ebenfalls düffelhaft wie kurzichtig. Hervorragende österreichische Eisen-  
bahnsachverständige haben diese Pläne durchaus ernsthaft genommen. Wie  
komme man in einem solchen offiziellen Artikel dazu, den vielen  
Tausenden Anhängern dieser Reformpläne vorzuwerfen, daß diese  
„Utopien“ denen der Sozialdemokratie gleichzustellen seien. Der  
Verfasser jenes offiziellen Machwerks scheine die Aufhebung des  
Sozialistengesetzes zu bedauern, er würde wohl sonst dieses Gesetz  
dazu benutzt haben, Herrn Engel auszuweisen. Aus denselben  
Gründen aber wie eine Reform des Personentarifs empfehle sich  
auch die Reform des Gepäcktarifs. (Beifall links.)

Minister v. Maybach hält den Augenblick nicht für geeignet,  
um in alle Einzelheiten einzugehen. Der Vorredner scheine aber  
zu vergessen, welche große Arbeit die Eisenbahnverwaltung zu be-  
wältigen gehabt habe, um auf sämtlichen Staatsseisenbahnen Ein-  
heitsfahrkarten zu schaffen. Alle Verkehrsvereinfachungen, die auf einer  
Menge von Ausnahmen beruhen, seien nur Uebergangsverhältnisse  
gewesen, zur Schaffung eines Niveaus der Regelmäßigkeit. Es  
schwebten Verhandlungen in dieser Beziehung mit den anderen deutschen  
Regierungen, und diese Verhandlungen gingen darauf hinaus, jeden-  
falls keine Erhöhung zu schaffen. Der Antrag des Vorredners liege  
auch in der Tendenz der Regierung (hört! hört!), und es frage sich  
nur, wie die Einzelheiten auszuführen seien. Was bei den Ver-  
handlungen herauskommen werde, lasse sich noch nicht sagen, da  
innerhalb der Eisenbahnverwaltung selbst Differenzen schwebten.  
Die Kundgebung im „Reichsanzeiger“ sei nur ein Fühler gewesen,  
um die öffentliche Kritik herauszufordern. Jedenfalls müsse das  
voraussetzende finanzielle Ergebnis besonders berücksichtigt werden.  
Eine Ermäßigung der Tarife würde eine Verkehrssteigerung zur  
Folge haben, und man würde daher nicht eher zu einer Reform  
übergehen können, bevor nicht das Material zur Bewältigung dieses  
Verkehrs beschafft ist. Die finanziellen Erfahrungen mit der Ber-  
liner Stadtbahn seien nicht gerade ermutigend, da dieselbe sich nur  
mit 2 Prozent verzins. Der Minister bittet daher, auf den Antrag  
Brömel nicht weiter einzugehen.

Abg. v. Tiedemann (Vomst. freil.) beantragt mit Rücksicht  
auf die Erklärungen des Ministers, über den Antrag mit der An-  
nahme des Titels zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Brömel meint dagegen, daß gerade mit Rücksicht auf  
die schwebenden Verhandlungen das Abgeordnetenhaus ein  
Votum abgeben werden um der Regierung eine Direktive zu  
geben.

Abg. Seer (natl.) bittet um große Berücksichtigung der Zuck-  
fabriken seitens der Eisenbahnverwaltung.

Abg. Graf Limburg-Stürum (konf.) hält die Kritik der  
Engländer und Perrot'schen Vorschläge im „Reichsanzeiger“ für be-  
rechtigt, da diese Vorschläge in ihren Einzelheiten unausführbar  
seien. Die bisherigen hohen Ermäßigungen für Rückfahrkarten, an  
die wir so sehr gewöhnt seien, wären durchaus nicht berechtigt. Als  
Grundlage für die Festsetzung der Tarife müsse die einfache Fahrt  
genommen werden. Die jetzigen Tarife hinderten weder die Sachsen-  
gänger noch den Bezug in die großen Städte, und das beweise,  
daß er nicht hoch sei. Redner glaubt zwar nicht, durch Tarifma-  
regeln hier hemmend einwirken zu können, andererseits spreche aber  
gegen eine Verbilligung des Tarifs die Rücksicht auf die Provinzen,  
welche ihr Arbeitermaterial an andere Provinzen abgeben und  
denen dadurch eine hohe Armenlast aufgebürdet werde. Die geplante  
Reform habe den Vortheil, daß die Zeitbeschränkung fortfalle, die  
bei den jetzigen Rückfahrkarten statfinde. Abg. Brömel habe das

finanzielle Ergebnis von Ermäßigungen nicht in Betracht gezogen.  
Die Steigung des Verkehrs würde den Einnahmeausfall nicht zu  
decken im Stande sein, da eine solche Steigerung eine bedeutende  
Erweiterung und Vermehrung der Betriebsmittel zur Folge haben  
würde.

Abg. v. Tiedemann (Vomst. freil.) erklärt sich gleichfalls aus  
finanziellen Gründen gegen den Antrag Brömel.

Abg. Brömel wirft dem Vorredner einen Gegensatz mit dem  
Minister vor, da die finanziellen Gründe eigentlich für eine Er-  
höhung der Tarife gesprochen hätten. Wenn man von finanziellem  
Ergebnis spreche, wo wolle man da die Grenze für die Ueberschüsse  
finden? Würde man die jetzigen Ueberschüsse fixiren, so wäre das  
eine fiskalische Blumerei, die die Befürchtungen der schlimmsten  
Gegner der Eisenbahnverstaatlichung übertreffen würde. Die Zats-  
sache bleibe doch bestehen, daß der ungari che Zonentarif erhebliche  
Ueberschüsse geliefert habe. Noch kein denkender Staatsmann habe  
jemals erklärt, daß eine Verkehrssteigerung wirtschaftlich verwerflich  
sei, im Gegentheil sei eine solche bisher stets als das Zeichen eines  
Kulturfortschrittes angesehen worden. Die Absicht des Grafen  
scheine darauf zu gehen, den Arbeitern des Ostens den Stempel der  
Selbsteigenschaft aufzudrücken. Die schwebenden Verhandlungen dürf-  
ten das Haus doch nicht abhalten, seine Wünsche kundzugeben, im  
Gegentheil müßte der Minister auf die Kundgebung solcher Wünsche  
Werth legen.

Abg. v. Schallha (Str.) beklagt es, daß oft bestellte Güter-  
wagen von der Eisenbahnverwaltung nicht rechtzeitig gestellt werden,  
und daß dem Besteller nicht Nachricht über die Stellung des Wa-  
gens gegeben wird.

Geh. Rath Fied verspricht Abhilfe der Uebelstände.

Abg. Frhr. v. Huene (Str.) erklärt betreffs des Antrags  
Brömel mit seiner Partei nicht auf dem Standpunkte des Abg.  
Graf Limburg zu stehen. Den Verkehrsinteressen müsse entgegen-  
gekommen werden. Aber andererseits müsse freilich auch auf die  
Finanzen Rücksicht genommen werden. Da aber das geeignete  
Material nicht vorhanden sei, um ein bestimmtes Urtheil abzu-  
geben, bittet Redner den Abg. Brömel, seinen Antrag zurückzu-  
ziehen, bis eine genügende Unterlage vorhanden sein werde. Dazu  
komme, daß das Haus heute nicht beschlußfähig sei.

Abg. Brömel will den Antrag nur dann zurückziehen, wenn  
die Regierung eine bindende Erklärung dahin abgebe, daß sie der  
Landesvertretung rechtzeitig Gelegenheit geben werde, über diese  
Frage zu verhandeln.

Damit schließt die Diskussion.

Titel 1 der Einnahme (Personenverkehr) wird ange-  
nommen und über den Antrag Brömel zur Tages-  
ordnung übergegangen.

Bei den „Einnahmen aus dem Güterverkehr“ bittet

Abg. Schöller (freil.) um Ermäßigung des Stückguttarifs  
und um größere Ausdehnung des Staffeltarifs.

Abg. Schulz (Vomst. freil.) erucht um Tarifiermäßigung für  
diejenigen Produkte, welche zur Melioration der Landwirtschaft  
nötig sind. Redner führt sodann Pläne über den Wagenmangel,  
über welchen die Kainitwerke sich beklagten.

Vom Regierungstisch wird der Grund des Wagen-  
mangels auf die Störung der Schifffahrt und den außerordentlich  
gesteigerten Verkehr zurückgeführt.

Abg. Dr. Gerlich (freil.) wünscht eine weitergehende Berücksich-  
tigung der Landwirtschaft seitens der Eisenbahnverwaltung.

Geh. Rath Fied erklärt die allgemeine Einführung des Staffeltarifs  
für praktisch sehr schwierig, da sich im Osten und Westen die  
verschiedensten Interessen entgegenständen.

Nach unerheblicher weiterer Debatte werden die Einnahmen  
unverändert bewilligt.

Darauf vertagt sich das Haus, nachdem der Abg. Brömel  
den v. (Str.) einen Antrag wegen der Begräbnisfeierlichkeiten  
für die Abg. Windthorst in Hannover, an welchen die ganze Partei  
theilnehmen wird, morgen eine Sitzung stattfinden zu lassen, auf  
den Widerspruch der Abg. Stengel, Sad, Graf Limburg-  
Stürum zurückgezogen hat, auf Mittwoch 11 Uhr. (Eats-Roth-  
gesetz, kleinere Vorlagen.)

Schluß 4½ Uhr.

## Deutschland.

□ Berlin, 17. März. Das Zentrum selbst ist  
sich vollkommen klar über die Unwahrscheinlichkeit, daß sein  
einheitlicher Bestand noch lange fortbauern werde. Die Aufzei-  
gungen der Zentrumsblätter verrathen es durch die Geflissent-  
lichkeit, mit der sie das fernere Zusammenstehen nicht bloß  
ankündigen, sondern auch dazu aufzufordern für nothwendig  
halten. Die „Germania“ giebt heute selbst zu, daß nur ein  
„Imponderabile“ das Zentrum verbinde. Die Imponderabilien  
sind nun zwar oft von dem allergrößten Einfluß in der  
Politik, aber Parteien werden nicht durch sie, sondern durch  
die Gemeinsamkeit der Anschauungen und Interessen in den  
die zeitige Gesetzgebung vorwiegend beschäftigten Fragen ge-  
bildet und erhalten. Und wenn nur ein Imponderabile, nicht  
aber die Gemeinsamkeit die verschiedenen Bestandtheile ver-  
eintigt, so wird es wohl auch mit der äußeren Einheit bald  
vorbei sein. In dieser Auffassung sind auch alle Organe der  
Presse von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken  
ohne eine einzige Ausnahme einig. Uebrigens veröhnt sich  
die „Germania“ sogar bereits mit der Aussicht eines Zerfalls  
des Zentrums; unter der Voraussetzung, daß der Kirche  
ihre ganze Freiheit und ihr volles Recht nicht bloß ver-  
sprochen, sondern thatsächlich gewährt werde, willigt sie in  
die Auflösung des Zentrums ein. Wie rasch diese  
erfolgen wird, hängt zum großen Theil von den Fähigkeiten  
und der gesellschaftlichen Persönlichkeit des künftigen Führers



ab. Was über dessen Person heute schon mitgeteilt wird, klingt einigermaßen, als ob der Nachfolger Windthorst's durch einen äußeren Akt der Fraktion, sozusagen mechanisch, in das Nachfolgeamt eingesetzt werde. Davon ist doch keine Rede. Es muß Einer zunächst durch seine eigenen, persönlichen Eigenschaften die Autorität gewinnen, um tatsächlich der Führer der großen, an Interessen und Anschauungen so mannigfaltigen Partei zu werden. Vor Jahresfrist werden die Herren wohl selber noch nicht denjenigen herausgefunden haben, der vor den anderen bedeutenderen Mitgliedern sichtlich und unbestreitbar noch um ein Stück hervorrage. Ob aber dann die Partei noch zusammen ist, kann man jetzt, wenigstens es wahrscheinlich ist, doch nicht mit Gewißheit sagen. Für sicher halten wir nur, daß der Nachfolger Windthorst's nicht dem linken Flügel der Zentrumsparthei angehören wird. Schon Windthorst ging den adeligen und agrarischen Mitgliedern der Partei zu weit nach links und diejenigen Herren vom linken Flügel, die, wie Herr Julius Bachem, einige Anwartschaft auf eine Führerrolle in der Partei haben, sind zu jung und bringen bei Weitem nicht die erforderlichen Talente und sonstigen Empfehlungen mit, welche unerlässlich sind, damit die feudalen und wirtschaftlich extrem reaktionären Herren sich ihnen als Führern unterordnen könnten. Die rheinischen Zentrumsmitglieder dürften die letzten sein, die das vereinigende Band lösen; aber sie werden auf die Dauer nicht eine Politik, bei der das Zentrum an der Seite der Konservativen steht, mitmachen können.

— Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ wendet heute gegen die Bebel'sche Selbstmordstatistik in der Armee ein: Die Armee besteht aus den gesunden und im kräftigsten Lebensalter stehenden Theilen der Nation; die allgemeine Sterblichkeit ist daher in ihr gering, und es ist nicht auffallend, wenn also die Zahl der Selbstmorde in ihr relativ etwas groß erscheint. Das Argument ist an sich richtig und schränkt die Beweisskraft des Bebel'schen Materials ein, ohne sie ganz zu zerstören. Der „N. A. Z.“ begegnet dann aber das Mißgeschick, den Werth ihrer eigenen Beweisführung mit dem sonderbaren Satz zu bezeichnen: „Es ergibt sich aus Allem, daß die Anklage des Herrn Bebel nur der ihr innewohnenden Tendenz nach, nicht aber aus sachlichen Gesichtspunkten zu beurtheilen möglich ist.“

— Reichskanzler v. Caprivi soll am 14. d. dem Kaiser Vortrag über die Zeitungsmeldungen gehalten haben, welche von der Verwendung von Mitteln des Welfenfonds zu privaten Zwecken gesprochen haben. Es hieß sogar, die Stellung eines der höchsten Beamten im Reich und in Preußen sei bedroht u. s. w. u. s. w. „Diese letzteren Angaben, so bemerkt dazu die „Vib. Korr.“, sind ganz unbegründet. Ob Herr v. Caprivi dem Kaiser über die erwähnten Meldungen Vortrag gehalten hat, wissen wir nicht; falls die Nachricht zutreffend ist, dürfte der Pfeil, den den Staatsminister v. Boetticher treffen sollte, auf den Absender zurückprallen.“

— Mit vollem Recht hat die Aeußerung des Regierungspräsidenten v. Puttkamer in Frankfurt an der Oder zu dem zum Landrath des Kreises Guben ernannten Assessor Dr. Rapp über dessen „liberale“ Aehnlichkeit, um im Sinne der Herren vom blauen Blut zu sprechen, das weiteste Aufsehen in allen Kreisen erregt. Eine treffende Illustration aber erhält die ganze Angelegenheit noch

dadurch, daß der „junge Beamtennachwuchs“ allerdings in Frankfurt ganz nach dem Herzen des Herrn v. Puttkamer herangebildet wird. Denn unter den siebenzehn Referendarien der dortigen Regierung befinden sich, wie das „B. Z.“ erfährt, sage und schreibe ganze zwei Bürgerliche — alle übrigen sind Grafen, Barone und „edle“ Herren. Da fragt es sich denn doch, ob nicht Seitens des Ministers hier eine Einwirkung auf die betreffenden Präsidenten zulässig und in hohem Grade wünschenswerth erscheinen muß. Denn nach dem Gesetz über den Vorbereitungsdienst für Verwaltungsbeamte steht die Uebnahme und Ernennung von Regierungsreferendarien dem betreffenden Regierungspräsidenten zu, — es ist aber allgemeines Geheimniß, daß bei Annahme oder Ablehnung der Meldungen bisweilen die merkwürdigsten Dinge passiren; so kommt es denn, daß an einigen Orten — auch unter den Gerichtsreferendarien — sich vollständige „Garde“ und selbst sogenannte „Fürstenreferendariate“ herausgebildet haben, wie z. B. in Potsdam, Görlitz, Wiesbaden u. s. w. Mit der „Gleichheit vor dem Gesetz“ hat es eben bisweilen schon seine eigene Verwandniß, noch mehr aber bisweilen mit derjenigen vor den Augen eines hohen Chefs, wie die exklusiv adligen Offizierkorps einzelner Regimenter als Pendants beweisen. Jedenfalls wäre es gut, wenn auch in diesen Punkten die kaiserlichen Intentionen mehr beachtet würden, als es nur zu oft der Fall ist.

— Der in Hamburg erscheinende Moniteur von Friedrichsruh hat die Sprache wieder gewonnen und polemisiert gegen die preussische Landgemeindevorordnung: „Wo hätten auch“, so sagt er, „die Assessoren, vortragenden Räte u. s. w., die an der Ausarbeitung der Vorlage theilgenommen waren, ihre praktischen Erfahrungen über die ländlichen Zustände und die wahrscheinliche Wirkung der geplanten Neuerungen auf dieselben gemacht, da sie niemals unter den Bauern gelebt haben?“ Das Schweigen der konservativen Partei im Abgeordnetenhaus tadelt er und betrachtet es „als eine naturgemäße Folge des Einflusses, welchen die Beamten, und in erster Linie die, welche zugleich Abgeordnete sind, auf die Partei ausüben.“ Wer lacht da? Ist es doch der Herr und Meister des Moniteurs in eigener Person gewesen, welcher uns den Segen dieser Beamten- und Landrathskammer bescheert hat. So wird man immer damit gestraft, womit man gesündigt.

— Ueber Dr. Barckhausen, den neuen Präsidenten des Oberkirchenraths, äußert sich die „Protestanten-Korrespondenz“ wie folgt: Wir haben keine Neigung, in eine Diskussion einzutreten, da sehr bald die Thatfachen werden erweisen müssen, weß Geistes Kind der Genannte ist. Nur der Fehlschluß soll als solcher gekennzeichnet werden, der daraus abgeleitet worden ist, daß Dr. Barckhausen vom früheren Kultusminister Dr. Falk seiner Zeit in das Ministerium berufen worden ist. Dr. Falk bedurfte, da er das Kirchenregiment für die Landeskirchen der neuen Provinzen an Stelle des Oberkirchenraths zu leiten hatte, eines sachkundigen Beraters auch aus der evangelisch-lutherisch gerichteten hannoverschen Landeskirche und berief als solchen Dr. Barckhausen. Derselbe hat in der preussischen Kirchenverwaltung alsdann allerdings gelernt, die mannichfaltigsten streng konfessionalistischen Standpunkte in einer gewissen äußerlichen Friedfertigkeit zu vereinigen. Wer wissen will, in welcher seltsamer Weise ein solcher an sich nützlicher Erfolg erreicht werden kann, mag die von Dr. Barckhausen unter Dach gebrachte Kirchenverfassung für das vormalige Kurfürstenthum nachlesen.

— Der „Verein deutscher Eisenhüttenleute“ erklärte sich in einer in Düsseldorf abgehaltenen Vorstandssitzung gegen eine Besichtigung der Weltausstellung in Chicago.

— Die Eisenbahn-Direktion Breslau hat folgende Verfügung erlassen: Wir bringen hiermit in Erinnerung, daß Massen-Vorstellungen von Beamten, gleichviel, ob dieselben von sämmtlichen Geschüftstellern oder nur von einem oder einzelnen im Namen der Uebrigen unterzeichnet sind, ungebührlich und unstatthaft sind. Derartige Vorstellungen finden grundsätzlich keine Berücksichtigung, auch werden Beamte, welche sich an solchen theilnehmen, in jedem Falle zur Verantwortung gezogen werden. — Man kennt dieses Verfahren von der Postverwaltung her.

— Aus Rattow wird der „Volkszeitung“ gemeldet: Für den russischen Thronfolger wurde die Gendel-Donnersmark'sche, längs der Grenze gelegene Herrschaft Blachownia-Gorze, 40 000 Morgen umfassend, für zwei Millionen Rubel angekauft.

— Nach Helgoland sollen demnächst preussische Gendarmen geschickt werden.

### Aus dem Gerichtssaal.

**U. Bromberg, 16. März.** [Gefährdung eines Eisenbahn-Transports.] In der heutigen Strafkammer-Sitzung wurde wegen Gefährdung eines Eisenbahnzuges gegen den Weichensteller Albert Finger von hier verhandelt. Am 17. September v. J. wurde, wie f. Z. mitgetheilt, der fahrbahnmäßig von Thorn hier eintreffende Schnellzug 62 durch falsche Stellung der Weiche von dem zur Einfahrt bestimmten Hauptgeleise Nr. 33 abgelenkt und stieß in Folge dessen auf sieben auf diesem Geleise stehende Eisenbahnwagen. Da die Bremsen des Schnellzuges bereits in Thätigkeit waren, so war der Zusammenstoß ein nicht allzuheftiger. Nichtsdestoweniger sind zwei Güterwagen vollständig zertrümmert und mehrere Wagen, sowie Maschine und Packwagen des Zuges 62 beschädigt worden. Zwei im Zuge befindliche Personen, die Postkassirer Westerberger aus Ansterburg und Sönger aus Berlin haben starke Erschütterungen des Rückgrats und der Hüften davongetragen. Die Schuld an dem Unfalle wird dem Angeklagten zur Last gelegt. Sein Verbschulden besteht darin, daß er, entgegen seiner Dienstvorschrift, die Weiche 36 verlegt und das Einfahrtsignal für den Thorn'schen Zug gab, bevor er sich gewissenshaft davon überzeugt hatte, daß diese Weiche richtig gestellt war. Der Angeklagte erklärte, unschuldig zu sein, behauptet, die Weiche richtig gestellt zu haben und bemerkt, daß die Weiche einige Zeit vorher von einem Werkstattsschlosser ungelichtet reparirt und deshalb nicht auf funktionirte. Von Zeugen wurde dieses theilweise zugegeben. Der Gerichtshof ließ diese Entschuldigung aber nicht gelten, weil es die Pflicht des Angeklagten war, vor dem Einlaufen des Zuges sich noch einmal zu überzeugen, ob die Weiche richtig lag. Er nahm aber nur Fahrlässigkeit an und erkannte nach dem Antrage des Staatsanwalts auf eine Woche Gefängniß. Der durch diesen Unfall angerichtete Schaden soll sich nach den Angaben eines Sachverständigen im Termine auf 20 000 M. belaufen.

**\* Nürnberg, 13. März.** Der erste Fall einer Verfehlung gegen das neue Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz dürfte vorgestern vor dem hiesigen Gericht abgeurtheilt worden sein. Es wurde nämlich ein Cigarrenfabrikant zu drei Mark Geldstrafe verurtheilt, weil er einem seiner Arbeiter, der austreten wollte, die Ausübung der Altersversicherungs-Duitungskarte verweigerte, bis ihm der Arbeiter einen noch nicht abverdienten Vorschuß von fünf Mark zurückerstattet haben würde.

### Hochwasser.

**b. Posen, 18. März.** In der letzten Nacht um 2 Uhr wurden die Bewohner der Kellerräume auf der Bagorze unangenehm überrascht; das Wasser drang in die Keller und die Bewohner mußten rasch das Bett verlassen und, noch halb im Schlafe, sich auf die Straße begeben. Das feuchte Element steht nun dort in den Souterrains 10 Zentimeter hoch. Die Warthe ist übrigens während der Nacht weiter gefallen, sie steht hier heute Morgen auf 5,62 Meter. — Zur Bezeichnung des Gefalles sind am Montag in der ganzen Provinz am rechten und linken Wartheufer blaue Nägel in Bäume, Mauern, Pfeiler, und wo sonst sich Gelegenheit dazu bot, eingeschlagen worden. — Die Verticungen des Hochwasserstandes zwischen Schwab-Posen und Obornit durch Herrn Regierungs-

## Die französischen Schriftsteller und die Zensur.

Zwei Dinge werden die Pariser wohl nicht mehr erleben. Das Eine ist der Wiederaufbau der niedergebrannten Opera Comique; das Andere die endliche Entscheidung über die Frage, ob die Zensur für dramatische Werke beizubehalten oder abzuschaffen sei. Die Interviews und Meinungsabgaben über diese beiden Angelegenheiten gehen in die Hunderte, aber sie machen keinen Schritt vorwärts. So wie auf den Gebieten des öffentlichen Lebens einige Ruhe ist, tauchen sie jedoch von neuem auf, wie die Seeschlange. Jetzt befaßt sich eine Kammer-Kommission mit der Zensur-Frage, und die Herren Kommissäre haben sich an die hervorragendsten Pariser Autoren um ihre Meinung gewendet. In Nachfolgendem geben wir ihre Aeußerungen, wie sie die Pariser Blätter reproduziren, wieder.

Herr Goncourt bemühte sich nicht persönlich, sondern schrieb einen naturalistischen Brief, worin er im Wesentlichen sagt: „Ich wünschte, das Publikum wäre allein Richter über die Stücke. Man verleumdet das Publikum, wenn man behauptet, daß es rein an Schw... Gefallen finden würde. Ich glaube vielmehr, es werde ein intelligenter Zensor sein und werde besser den Unterschied zwischen einem industriellen Stück und einem Kunstwerk machen können... Besteht anläßlich eines Stückes ein Konflikt im Publikum und artet der Konflikt in einen Kampf aus, finde ich das Einschreiten der Regierung sehr natürlich; ich würde aber kein unmittelbares Verbot, sondern bloß eine Suspension verlangen, und nach acht Tagen — gar viel Zorn und Animosität stillen sich in acht Tagen in Paris, würde ich die Wiederaufnahme des Stückes erlauben. Ganz verboten würde das Stück bloß, im Falle ein neuer Kampf entstände.“

Herr Sardou fühlt sich durch das Verbot von „Thermidor“ zu verlegt, um vor der Kammer zu erscheinen. In einem ironischen Briefe legt er die Gründe dar, warum er der Einladung der Kommission nicht Folge leistete, und giebt nebenbei doch seine Meinung ab. Er schreibt: „Erlauben Sie mir die Ehre abzulehnen, welche mir die Kammer-Kommission zu erweisen geruht, indem sie mich einladet, ihr meine Ideen über die Zensur und die Theaterfreiheit auseinanderzusetzen. Ich erachtete zu allen Zeiten die Zensur als eine Garantie

für die Direktoren, die Autoren und selbst für die Regierung, ganz speziell in dem Falle, in welchem ein Stück von der Beschaffenheit wäre, ihr Schwierigkeiten mit einer auswärtigen Regierung zu schaffen. Aber ich stellte mir zugleich vor, daß jedes dramatische Werk, durch die alleinige Thatfache, daß es autorisirt worden, das Recht auf Schutz seitens der Regierung und auf die freie Aufführung zu sichern geeignete Ordnungsmäßigkeiten habe. Das Verbot von „Thermidor“ ließ mich meine Illusion erkennen. Ich habe keine Meinung mehr und nicht einsehend, was ich der Kommission zu sagen hätte, bitte ich meine Entschuldigung entgegenzunehmen.“

B. Sardou.

Dagegen ist Emil Zola persönlich aufgetreten, und er hielt eine mit Anekdoten und Glaubensbekenntnissen gewürzte radikale Ansprache. „Eines Tages“, sagte er, „speiste ich bei dem Buchhändler Charpentier. Unter den Eingeladenen befand sich auch Gambetta, der damals Minister war. Nach Tische fragte mich Gambetta: „Und Sie? Verlangen Sie nichts von mir?“ — „Was ich von Ihnen verlangen könnte, ist zu schwer zu verwirklichen.“ — „Was mag das sein?“ fragte der neugierig gewordene Gambetta. — Die Freiheit der Schrift“, antwortete ich. Vor der Kammerkommission kann ich mich also nur sehr kategorisch für die Abschaffung der Zensur aussprechen. Ich verberge dabei übrigens nicht mein Erstaunen, welches mir die Beibehaltung dieser Chineserei nach zwanzig Jahren Republik verursacht. Ich bin ein Republikaner von ehedem. Unter dem Kaiserreiche schrieb ich alle Oppositionsblätter; ich war Mitarbeiter der politischen Persönlichkeiten, die heute an der Regierungsgewalt sind. Ein Artikel, der an der Spitze unseres Programms stand, war just die Abschaffung der Zensur. Trotzdem ist sie nicht abgeschafft worden, und die Programme derer, welche heute die Macht haben, sie auszuführen, sind ein todter Buchstabe geblieben. Also nur mit großem Skepticismus und bloß aus Achtung vor der nationalen Vertretung bin ich hierher gekommen. Nach meiner Meinung führen Enquêtes solcher Art zu nichts.“

Im Jahre 1839 fand eine Enquête statt, vor welcher Lamartine und Victor Hugo vernommen wurden, und sie hatte kein Ergebnis... Ich verlange die größte, absolute Freiheit für die dramatischen Autoren. Sie sollen dieselben Vorrechte genießen, wie die Buchschriftsteller, unter dem

Vorbehalte jedoch, dem gemeinen Rechte unterworfen zu sein. Natürlich, die Theater-Direktoren werden sich gegen die Abschaffung der Zensur aussprechen. Die Theaterleiter erachten nämlich, die Abschaffung der Zensur würde sie in ihren Geldinteressen schädigen. Aber Angesichts des Verbotes von „Thermidor“ sollten sie einsehen, daß das Visum der Zensur künftighin für sie keine Garantie mehr bilde.“ Schließlich klagte Zola noch vor der Kommission, daß die Minister etwas zuviel Mißbrauch mit ihren Amtsdienern und Sekretären treiben, welche sie für sich antworten lassen. Er wünscht, die Minister sollen etwas höflicher sein gegen die Schriftsteller, welche, wenn sie die Minister besuchen gehen, als Vertreter der französischen Literatur erscheinen.

Im diametralen Gegensatz spricht sich über die Zensurfrage Alexander Dumas aus. Er glaubt nicht an die Möglichkeit der Beseitigung der Präventiv-Zensur. Man habe schon Versuche gemacht, sie aufzuheben. Alle Regierungen endigten damit, sie wieder herzustellen. Die dramatischen Autoren beklagen sich nicht darüber. Bloß wenn die Autorisation einmal gegeben ist, dann müsse sie auch eine Garantie sein. Von der Zensur hat man veratorische und lächerliche Erinnerungen; aber die Beziehungen haben sich bedeutend gebessert, und im Allgemeinen klagen die Autoren nicht mehr über die Zensoren. Sie beklagen sich bloß darüber, daß deren Entscheidung eine endgültige sei. Dumas glaubt auch, daß die jungen Schriftsteller durch die Aufhebung der Zensur mehr zu leiden hätten, als die bekannten Autoren, weil die Jungen eben mehr Gegenstand einer unbarmherzigen Zensur seitens der Theaterdirektoren sein werden.

Von vier Schriftstellern sind also zwei, Dumas und Sardou, für die Beibehaltung der Zensur, jedoch unter der Bedingung, daß ihre Autorisation eine Garantie für den Autor und den Theater-Direktor wäre. Dumas obendrein mit der Beschränkung, daß gegen ein Verbot der Zensur das Rekursrecht bestünde. Einer, Goncourt, ist für die Abschaffung unter gleichzeitigem Interventionsrecht der Regierung, im Falle das Stück Unruhen hervorrufen würde, und Einer, Zola, für die gänzliche Abschaffung ohne Rückhalt. Wenn demnach die Schriftsteller unter einander nicht einig werden können, welche nützliche Lehre kann die Kammer-Kommission aus ihren Meinungsabgaben ziehen? („R. Fr. Pr.“)



Baumkisten v. Normann werden noch täglich vergenommen. Wie es scheint, sollen sie einen gewissen Anhalt geben für die Art und Weise, in welcher das Einziehungsprojekt auszuführen ist. — Dem Vernehmen nach haben Schiffer das Abhängern des sogenannten düstern Winkels der Warthe unterhalb Dönnitz beantragt. Es ist das eine scharfe Biegung des Flusses, wo die Strömung außerordentlich stark und bei Hochwasser gefährlich ist.

## Lokales.

Posen, 18. März.

\* **Die öffentlichen Sparkassen.** In einer neueren Verfügung des Ministers des Innern wird ausgeführt, daß es für eine zuverlässige Aufstellung der Vermögensbilanzen der öffentlichen Sparkassen und für die Berechnung der Höhe des Reservefonds notwendig sei, die kassierenden Wertpapiere zum Tageskurs am Schlusse des Rechnungsjahres, sofern dieser aber den Ankaufspreis übersteigt, nur zu letzterem einzustellen.

\* **Die Feldpolizei in Gutsbezirken.** Nach einer Verfügung der Minister des Innern und für Landwirtschaft sind Gutsbezirke als Gemeindeverbände im Sinne der Feldpolizeigesetzgebung vom 1. November 1847 nicht anzusehen, insbesondere sind wegen Uebertretungen feldpolizeilicher Vorschriften des Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 1. April 1880 gerichtlich verhängte Geldstrafen, wenn die Uebertretungen innerhalb eines Gutsbezirkes stattgefunden haben, der Ortspolizeibehörde, also der Amtsstufe, zu überweisen.

d. **Zur Feier der polnischen Konstitution vom 3. Mai 1791.** Während in der Provinzial-Hauptstadt unter den Polen in Anbetracht der Feier des 100. Jahrestages der polnischen Konstitution Zweifeltigkeiten ausgebrochen sind, so daß das Komite sich aufgelöst hat, haben die polnischen Vereine in Gnesen ein Komitee gebildet, welches die Veranstaltung der dortigen Feier in die Hand nehmen wird. Nach einem in den polnischen Zeitungen enthaltenen Aufrufe wird die Feier in Festgottesdienst Vormittags, in Festschreide, Deklamationen und lebenden Bildern Abends bestehen.

d. **Der polnische Verein zur Lehr-Beihilfe in Westpreußen,** welcher nach dem Muster des gleichen Vereins in der Provinz Posen (des Marcinowski-Vereins) vor 42 Jahren gegründet worden ist, zählt nach seinem Jahresbericht gegenwärtig 456 Mitglieder; die Einnahmen im Jahre 1890 haben 10 431 M., die Ausgaben 8679 M. betragen. Davon wurden zur Unterstützung von 20 Studierenden 5025 M., zur Unterstützung von Gymnasiasten 2328 M. verwendet.

## Telegraphische Nachrichten.

**Königsberg i. P., 17. März.** Der Provinzial-Landtag bewilligte 150 000 M. zur Errichtung eines Kaiser Wilhelm-Denkmals in Königsberg.

**Stettin, 17. März.** Amtliches Ergebnis der heutigen Ersatzwahl eines Landtagsabgeordneten. Der konservative Kandidat v. Löbenstein erhielt sämtliche abgegebenen 258 Stimmen.

**Köln, 17. März.** Nach einer der „Kölnischen Zeitung“ aus Petersburg zugegangenen Meldung ist als Nachfolger des verstorbenen Präsidenten des Lutherischen Generalkonsistoriums Giers der ehemalige Gouverneur von Livland, Baron Uexküll in Aussicht genommen.

**Hamburg, 17. März.** Der Glasmacherstreik in Bergedorf ist nach einer Dauer von 36 Wochen jetzt beendet. Die Arbeiter haben die vor Beginn des Ausstandes gestellten Bedingungen der Arbeitgeber unterschrieben.

**Leipzig, 17. März.** Das Reichsgericht hat die von Frau Cohn gegen das Urteil des Bremer Schwurgerichts im Prozesse Wetters-Cohn eingelegte Revision verworfen.

**München, 17. März.** Laut amtlicher Meldung stieß gestern Abend im Bahnhof Rosenheim der von Holzkirchen kommende Personenzug seitlich mit der Lokomotive eines Güterzuges zusammen, wobei zwei Reisende und zwei Kondukteure leicht verletzt wurden. Eine Verkehrsstörung ist nicht eingetreten.

**Petersburg, 17. März.** Der „Petersburgskaja Besedomosti“ zufolge wäre die Vereinigung des Gouvernements Suwalki mit dem General-Gouvernement Wilna als wünschenswert erkannt worden und würde wahrscheinlich demnächst erfolgen.

**Rom, 17. März.** Prinz Jérôme Napoleon ist gestorben. Unmittelbar vor dem Eintritt des Todes waren die Ärzte bei dem Prinzen zu einer Konsultation versammelt, in welcher das Hinscheiden des Kranken als nahe bevorstehend konstatiert wurde. Der König und die Königin nebst der ganzen Familie Bonaparte waren bei der Konsultation gegenwärtig. Prinz Viktor betrat das Krankenzimmer, brückte dem Sterbenden die Hand und weinte, als er wieder herauskam.

**Napaccio, 17. März.** Die Prinzessin Marianne Bonaparte, Enkelin Lucian Bonapartes, eines Bruders Napoleons I., ist in Folge Nephritis im Alter von 80 Jahren gestorben.

**Paris, 17. März.** In der Deputiertenkammer sind heute zahlreiche Petitionen mit etwa 1400 Unterschriften von Industriellen und Arbeitern aus verschiedenen Städten des Jfere-Departements eingegangen, in denen gegen die Zölle auf Rohmaterialien protestiert und Handelsfreiheit verlangt wird.

**Paris, 17. März.** Von Madagaskar wird der Ausbruch neuer Unruhen in der Umgegend von Tuloir an der Bai von St. Augustin gemeldet. Die europäische Kolonie ist jedoch nicht bedroht worden. Die Ruhe ist durch die einheimischen Behörden wiederhergestellt worden.

**Brüssel, 17. März.** In Haine-St. Pierre veranstalteten am Sonnabend die Arbeiter zu Gunsten der streikenden Metallarbeiter eine Kollekte. Von Gendarmen in Zivilkleidung unter Androhung von Verhaftung aufgefordert, die Kollekte einzustellen, weigerten sich die Arbeiter, der Aufforderung nachzukommen und versahen sich und ihre Genossen mit Steinen und Eisenstücken, um den Gendarmen, die Verstärkungen holen wollten, Widerstand zu leisten. Es entspann sich darauf ein Kampf, bei welchem die Gendarmen in Folge der feindlichen

Haltung der Menge die Verhafteten freigeben mußten, um einen blutigen Zusammenstoß zu vermeiden.

**London, 17. März.** Der Telefonverkehr zwischen London und Paris ist heute offiziell eröffnet worden. Die ersten Versuche hatten einen vollständigen Erfolg.

**London, 17. März.** Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureaus“ aus Buenos-Ayres von gestern hält die Besserung der dortigen Finanzlage an; die Zurückziehung der Depots bei den Privatbanken hat nachgelassen. Im Ganzen hätten sich die Geschäfte gehoben.

**Konstantinopel, 17. März.** Agob Pascha hat seinen Posten als Finanzminister niedergelegt, behält jedoch das Portefeuille der Zivilliste bei. Der Unterstaatssekretär im Finanzministerium, Nazif Effendi, übernimmt das Finanzministerium. — Der „Agence de Constantinople“ zufolge haben die Botschafter Rußlands und Frankreichs eine Anfrage an die Pforte darüber gerichtet, welche Stellung die Pforte denjenigen Mächten gegenüber einnehmen wolle, welche keine Handelskonvention mit Egypten abgeschlossen haben. Der Minister des Auswärtigen habe auf Grund eines Ministerrathsbeschlusses mündlich geantwortet, die dem Khedive erteilten Bestallungsfirmanen enthielten auch in Betreff der Handelsfragen bestimmte Weisungen. Sollte der unwahrscheinliche Fall eintreten, daß diese letzteren von Seiten Egyptens verletzt würden, so würde die Pforte die Interessen der beteiligten Mächte zu wahren wissen.

**Washington, 17. März.** Der hiesige italienische Gesandte de Jova hat dem Staatssekretär Blaine einen schriftlichen Protest gegen die passive Haltung der Behörden von New-Orleans während der jüngsten Vorgänge überreicht. Gleichzeitig wird die Regierung der Vereinigten Staaten aufgefordert, das Leben der italienischen Staatsangehörigen, das dauernd bedroht erscheine, zu schützen und die Urheber des Blutbades wie ihre Mitschuldigen zur strengen Verantwortung zu ziehen.

**London, 17. März.** Der Castle-Dampfer „Dunottar“ ist am Sonntag auf der Heimreise in London angekommen.

Der Castle-Dampfer „Rorham Castle“ hat am Montag auf der Ausreise Lissabon passiert.

**London, 17. März.** Der Union-Dampfer „Anglian“ ist gestern auf der Heimreise von Capetown abgegangen.

**Southampton, 17. März.** Der Dampfer „Augusta Victoria“ ist von seiner Mittelmeer-Reise heute Vormittag 9 Uhr nach unruhiger Fahrt hier eingetroffen. An Bord ist Alles wohl.

## Angekommene Fremde.

**Posen, 18. März.** Stern's Hotel de l'Europe. Die Kaufleute Blümlein aus Nürnberg, Köppen aus Chemnitz und Jassauer aus Gentin, Fabrikant Danehl aus Halle, Dr. med. Martens aus Würzburg, Juwelier Carbi aus Berlin, Lehmann aus Abbruch-Haund und Professor v. Selter aus Basel.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Rittergutsbesitzer Cornelsen aus Dombrowo und die Kaufleute Harner, Matwolvitz und Schüge aus Berlin, Bachmann aus Hamburg, Jacoby, Simon und Hammer aus Breslau, Weismann aus Mannheim, Schottländer aus Beuthen, D.-Schl., Blee aus London, Löwenthal aus Wiesbaden, Schale aus Leipzig, G. und G. Warshawer aus Amerika, Wrede aus Zerlorn, Haltenhof aus Pforzheim und Schütz aus Leipzig.

Mylius Hotel de Dresde (Fritz Bremer). Die Rittergutsbesitzer Frau Landesökonomie-Rath Kemmelmann aus Klenfa und Frau Rittmeister Jouanne aus Santomischel, Regierungsrath Dr. Schröder aus Köln, Rentier Lubczynski aus Berlin, Fabrikbesitzer Elias aus Kofen, Techniker Müller aus Schwerin i. M. und die Kaufleute Kraeling aus Hannover, Robelt aus Breslau, Vindenberg aus Leipzig, Grabowski, Startmann, Schüge und Materne aus Berlin, Dorn aus Zell i. Baden, Zimmermann aus Zaberne und Fritzsche aus Stettin.

Hotel Bellevue. (H. Goldbach.) Die Kaufleute Dittenhöfer aus Cronach, Siegmund, Guhrer und Bommie aus Breslau, Müller aus Leipzig und Buchholz aus Berlin, Gutsbesitzer Kalkbrenner und Frau aus Czwardzin, Versicherungsinspektor Kahler aus Berlin und Rentier Buchholz aus Berlin.

Theodor Jahns Hotel garni. Die Kaufleute Braun aus Königsberg, Hinge, Lindemann, Freund und Büttner aus Berlin und Neumann aus Breslau.

Georg Müller's Hotel „Altes deutsches Haus“. Die Kaufleute Knoll aus Regnitz, Ganzfried aus Miskolcz, Müller aus Nadeberg, v. Tarshafski aus Posen und Behr aus Berlin, Landwirth Gollet aus Jaskow, Bauunternehmer Kosel aus Zerlow und Baumeister Walthers aus Unruhstadt.

Hotel de Berlin (W. Kamieński). Die Rittergutsbesitzer v. Baruzewski aus Oudowo, v. Micki aus Lejczce, v. Morawski mit Bedienung aus Posen, v. Lutoslanski aus Warschau, v. Gajewski aus Dobieszewice, die Kaufleute Roenispis aus St.-Krone, Glonacki aus Krotoschin, Frau Hübscher nebst Schwester aus Orzejskowo, Paulmann aus Schneidemühl, Wierzynski und Gielinski aus Krotoschin, Frau Gompf nebst Tochter aus Posen, Beamter Wolski nebst Frau aus Posen.

Hotel Concordia am Bahnhof — P. Röhr. Die Kaufleute Siegmund, Rosenblum und Sonnenfeld aus Berlin, Kowalski aus Miloslaw, Mietlinski aus Schrimm, Wiedner mit Frau aus Breslau, Kasprowicz aus Gnesen, Reiser aus Lissa.

## Handel und Verkehr.

**Berlin, 17. März.** In der heutigen Sitzung des Zentral-Ausschusses der Reichsbank wurden die nachfolgend bezeichneten Pfandbriefe von Hypothekenbanken für beleihungsfähig erklärt: Preussische Bodenkredit-Bank, Frankfurter Hypotheken-Bank, Rheinische Hypotheken-Bank (Mannheim), Bayerische Hypotheken-Bank, Süddeutsche Bodenkredit-Bank, Württembergische Bodenkredit-Bank, Schlesische Bodenkredit-Bank.

**Frankfurt a. M., 17. März.** Die heute stattgehabte außerordentliche Generalversammlung der Frankfurter Bank genehmigte die Erhöhung des Aktienkapitals um 857 142 M. auf 18 Millionen Mark durch Ausgabe neuer Aktien à 1000 M. zum Course von nicht unter 125 Proz., sowie den Umtausch der jetzigen 500-Gulden-Aktien gegen 1000-Mark-Aktien im Verhältnis von 7 alten gegen 6 neue Aktien. Den Inhabern der alten Aktien soll das Bezugsrecht auf die neuen Aktien gewährt werden.

**Rom, 17. März.** Die Zeichnungen auf die Römische Stadtanleihe VII. und VIII. Serie haben über 75 Millionen betragen; es muß daher eine erhebliche Reduktion der angemeldeten Beträge eintreten, besonders da eine Bevorzugung ersichtlich festlicher Zeichner stattfinden soll.

## Marktberichte.

**\*\* Hamburg, 16. März.** [Kartoffelfabrikate.] Tendenz: fest. Kartoffelfstärke. Primawaare prompt 24,25—24,75 Mark, Lieferung 24,25—24,75 M. Kartoffelmehl. Primawaare 23,50 bis 24 M., Lieferung 23,50—24,00 M., Superiorstärke 25,00 bis 25,50 M., Superiormehl 25,00—26,00 Mark. — Dextrin weiß und gelb prompt 31,00—32,00 M. — Capillar-Extrakt 44 Bk. prompt 31,00—32,00 M. — Traubenzucker prima weiß geraspelt 31,00—32,00 Mark.

**\*\* Leipzig, 17. März.** [Wollberichte.] Rammzug-Terminhandel. La Plata. Grundmuster B. per März 4,30 M., per April 4,30 M., per Mai 4,30 M., per Juni 4,32 1/2 M., per Juli 4,35 M., per August 4,37 1/2 M., per September 4,42 1/2 M., per Oktober 4,42 1/2 M., per November 4,42 1/2 M., per Dezember 4,42 1/2 M., per Januar 4,42 1/2 M. Umlauf 95 000 Kilogramm. Ruhig.

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1891.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm. 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. in Cels. Grad.
17. Nachm. 2	762,6	SW schwach	trübe	+ 2,4
17. Abends 9	762,9	NO schwach	bedeckt	+ 6,6
18. Morgs. 7	762,7	NO mäßig	bedeckt	+ 4,2
Am 17. März Wärme-Maximum + 12,6° Cels.				
Am 17. März Wärme-Minimum + 3,0° =				

## Wasserstand der Warthe.

Posen, am 17. März Morgens 5,85 Meter.  
= 17. = Mittags 5,82 =  
= 18. = Morgens 5,62 =

## Telegraphische Börsenberichte.

### Fonds-Kurse.

**Breslau, 17. März.** Fest. 3 1/2 %ige L.-Pfandbriefe 97,60, 4 %ige ungarische Goldrente 93,15, Konsolidirte Türken 19,10, Türkische Loose 80,25, Breslauer Diskontobank 105,00, Breslauer Wechselbank 102,90, Schlesischer Bankverein 121,25, Kreditaktien 175,10, Donnersmarchhütte 82,00, Oberschlesische Eisenbahn 69,00, Oppelner Zement 99,50, Kramsta —, Laurahütte 125,00, Verein. Delfabr. 106,00, Oesterreichische Banknoten 177,20, Russische Banknoten 239,75.

Schlef. Zinkaktien 189,00, Oberschles. Portland-Zement 108,50, Archimedes —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb 128,75, Flöther Maschinenbau —.

**Frankfurt a. M., 17. März.** (Schluß.) Fester.

Land. Wechsel 20,357, 4proz. Reichsanleihe 106,40, 3proz. 86,15, österr. Silberrente 71,30, 4proz. Papierrente —, do. 5proz. 90,10, do. 4proz. Goldrente 97,60, 1860er Loose 126,60, 4proz. ungar. Goldrente 93,10, Italiener 84,40, 1880er Russen 98,80, 2. Orientanl. 76,40, 3. Orientanl. 77,00, unifiz. Egypter 98,20, 3 1/2 % 94,00, konv. Türken 19,00, 4proz. türk. Anl. 85,30, 3proz. portug. Anl. 56,70, 5proz. serb. Rente 91,10, 5proz. amort. Rumänier 99,80, 6proz. konv. Mexik. 88,60, Böhm. Weib. 310 1/2, Böhm. Nordbahn 180, Central-Pacific 109,10, Franzosen 217 1/2, Galizier 189, Gotthardbahn 153,10, Hess. Ludwigsb. 116,40, Lombarden 111, Lübeck-Büchen 165,50, Nordweib. 190 1/2, Kreditakt. 272 1/2, Darmstädter 149,20, Mitteld. Kredit 107,00, Reichsb. 141,10, Diskontokommandit 204,50, Dresdner Bank 154,80.

Courl Bergwerksaktien 91,80, Privatdiskont 2 1/2 % 3proz.

**Wien, 17. März.** Abendbörse. Ungarische Kreditaktien 358,50, österr. Kreditaktien 311,37 1/2, Franzosen 245,40, Lombarden 124,70, Galizier 213,25, Nordweibbahn 216,00, Elbthalbahn 223,50, österr. Papierrente 92,60, do. Goldrente 111,00, 5proz. ungar. Papierrente 101,20, 4proz. do. Goldrente 105,55, Marknoten 56,65, Napoleons 9,15, Bankverein 118,25, Tabaksaktien 159,00, Alpine Montan 96,80, Unionbank 248,00, Landerbank 220,10. Fest.

**Paris, 17. März.** (Schluß.) 3 % amort. Rente 95,37 1/2, 4 1/2 % 105,32, Italien. 5 % Rente 94,82 1/2, österr. Goldrente 99 1/2, 4 % ungar. Goldr. 93,25, 3. Orient.-Anl. 78,18, 4proz. Russen 1880 —, Egypter 495,62, konvert. Türken —, Türkenloose 77,40, Lombarden 298,75, do. Prioritäten 340,00, Banque Ottomane 623,75, Panama 5 proz. Obligat. 30,00, Rio Tinto 578,75, Tabaksaktien 355,00. Fest.

**London, 17. März.** (Schlußkurse.) Ruhig.

Engl. 2 1/2 % 97, 3proz. Consols 97, 4proz. Consols 105, Italien. 5proz. Rente 94, Lombarden 117 1/2, 4proz. 1889 Russen (II. Serie) 99 1/2, konv. Türken 18 1/2, österr. Silberrente 81, österr. Goldrente 98, 4proz. ungarische Goldrente 92 1/2, 4proz. Spanier 76 1/2, 3 1/2 % 94, 4proz. unifiz. Egypter 98 1/2, 3proz. gar. Egypter 100 1/2, 4 1/2 % 99 1/2, 6proz. Mexik. 90 1/2, Ottomantank 14 1/2, Suezaktien 97, Canada Pacific 79 1/2, De Beers neue 15 1/2, Blagobistont 2 1/2 %.

Rio Tinto 23 1/2, 4 1/2 % 77 1/2, Argentin. 5proz. Goldanleihe von 1886 75, Argentin. 4 1/2 % 53, äußere Goldanleihe 53, Neue 3proz. Reichsanleihe 83 1/2, Silber 45 1/2.

Wechselnotierungen: Deutsche Plätze 20,54, Wien 11,71, Paris 25,45, Petersburg 27 1/2.

In die Bank flossen heute 70 000 Pfd. Sterl.

Aus der Bank flossen 14 000 Pfd. Sterling nach Montevideo.

**Petersburg, 17. März.** Wechsel auf London 84,75, Russ. II. Orientanleihe 102 1/2, do. III. Orientanleihe 103 1/2, do. Bank für auswärtigen Handel 292 1/2, Petersburg. Diskontobank 615, Warschauer Diskontobank —, Petersb. intern. Bank 522, Russ. 4 1/2 % 139, do. Kredit-Pfandbriefe 139 1/2, Große Russ. Eisenbahn 222, Russ. Südwestbahn-Aktien 118 1/2.

**Rio de Janeiro, 16. März.** Wechsel auf London 17 1/2.

### Produkt-Kurse.

**Königsberg, 17. März.** Getreidemarkt. Weizen niedriger. Roggen niedriger, loco per 2000 Pfd. Zollgew. 167,00. — Gerste unverändert. — Hafer ruhig, loco per 2000 Pfd. Zollgew. 148. — Weiße Erbsen pr. 2000 Pfd. Zollgew. unverändert. — Spiritus per 100 Liter 100 Prozent loco 68,25, per März 68,25, per April 68,25. — Wetter: Bedeckt.

**Danzig, 17. März.** Getreidemarkt. Weizen loco unverändert. Umlauf 200 Tonnen. — Weizen bunt und hellfarbig —, do. hellbunt 202, do. hochbunt und glatt 205—208, per April-Mai Transit 161,00, per Juni-Juli Transit 161,00. Roggen loco schwächer, inländischer per 120 Pfd. 162, do. polnischer oder russischer Transit 122, do. per April-Mai 125 Pfd. Transit 124,00, do. per Juni-Juli 123,00. Gerste große loco —, Gerste kleine loco —, Hafer loco —, Erbsen loco —, Spiritus per 10 000 Ltr.-Prozent loco fontingentiert 68,50, nichtfontingentiert 48,00. Wetter: Bedeckt.

**Köln, 17. März.** Getreidemarkt. Weizen hiesiger loco 21,50, do. fremder loco 23,00, per März 21,50, per Mai 21,85. Roggen hiesiger loco 18,00, fremder loco 20,25, per März 18,70, per Mai 18,55. Hafer hiesiger loco 16,75, fremder 17,00. Rübsöl loco 63,00, per Mai 62,50, per Oktober 64,60.

**Hamburg, 17. März.** Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, polnisch-russischer loco neuer 195—205. Roggen loco ruhig, medlenburg. loco neuer 185—190, russischer loco ruhig, 132—136. Hafer ruhig. — Gerste ruhig. — Rübsöl (unverändert) fest, loco 62,00. —



